

16. JULI 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/129

Bonn, den 9. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Finanzanarchie 45

Bedrückende Erbschaft der Regierung Erhard

2 Problem nicht erkannt ? 46

Fernsehen, Regierung und Opposition

3 - 4 Raumordnung ist notwendiger denn je 71

Die moderne Wirtschaft fordert eine sinnvolle Raumgestaltung

5 - 6 Deutschland und Afrika 75

Die Bundesrepublik hat ihre Chancen nicht gut genutzt

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Finanzanarchie

Bedrückende Erbschaft der Regierung Erhard

ler - Das Wort von der drohenden Finanzanarchie ist kürzlich gefallen und es hat seine Berechtigung. Den Bundesbürger befüllt dabei ein Unbehagen. Das Gespenst einer schleichenden Geldentwertung geht um. Der Bundeshaushalt für das Jahr 1966 ist schon mit einem Defizit von 4,5 Milliarden DM belastet, für das es noch keine Deckung gibt. Kein Bundesminister ist in der Lage, Antwort darauf zu geben, aus welchen Mitteln diese Lücke gefüllt werden soll: Vielleicht mit Steuererhöhungen? Auch daran arbeiten schon Experten im Bundesfinanzministerium.

Dazu kommt eine Welle von anhaltenden und noch zu erwartenden Preissteigerungen. Die Preisindexziffer für die Lebenshaltung zeigt jetzt bereits wieder eine Steigerungsrate von mehr als drei Prozent, die optimistische Voraussage des Bundeswirtschaftsministers Schmücker im Frühjahr dieses Jahres, die Lebenshaltungskosten werden in diesem Jahr nur um 2,3 Prozent über denen des Vorjahres liegen, trifft nicht zu, sie wird von der Wirklichkeit widerlegt. Die Bundesregierung erweist sich als machtlos, ja, von rührender Hilflosigkeit, sie läßt einfach die Dinge treiben. Von Maßnahmen zur Dämpfung des Preisanstiebes ist weit und breit nichts zu spüren, es fehlt hier am guten Beispiel.

Um so erstaunlicher klingen die Töne, die vom Düsseldorfer Wirtschaftstag der Unionsparteien für die deutsche Öffentlichkeit zu vernehmen sind. Leiden die Unionsparteien an Bewußtseinspaltung? CDU-Vorsitzender Adenauer sprach davon, die Finanzen des Bundes müßten wieder in Ordnung gebracht werden. Da er dies dem gegenwärtigen Finanzminister Dählergrün nicht zutraut, soll ihn im Falle einer Fortsetzung der Koalition ein CDU-Mann ersetzen. Soll ein Minister dieses Kabinetts aus Gründen der Bequemlichkeit zum Alleinschuldigen des Finanzdesasters abgestempelt werden? Dieser allzu durchsichtige Trick dürfte wohl nicht gelingen.

Nüchtern bleibt festzustellen: Die Verantwortung für das sich anbahnende Finanzchaos liegt bei allen Regierungsparteien; sie hatten im gegenwärtig zu Ende gehenden Bundestag die Mehrheit. Von der Furcht vor dem zu erwartenden Wahlausgang ergriffen, warfen sie alle geheiligten Grundsätze über die Wahrung der Geldstabilität über Bord, beschlossen Ausgaben ohne Deckungsmöglichkeiten, verstießen gegen Artikel 115 des Grundgesetzes, mißachteten eigene bessere Erkenntnisse und bedachten bei alledem nicht das Morgen und Übermorgen.

Wäre der Führungsspitze der Unionsparteien wirklich an einer gesunden Finanzordnung gelegen, warum hat sie dann ihre eigene Bundestagsfraktion nicht im Zügel gehalten und zur Ordnung gerufen? Dazu fehlte es wohl an Kraft und Entschlossenheit, aber es reichte immerhin noch für ein Doppelspiel aus, das den Bundesbürger teuer zu stehen kommen wird. Der Versuch freilich, die Verantwortung abzuwälzen oder zu verwischen, dürfte allerdings daneben gehen.

Problem nicht erkannt ?

Fernsehen, Regierung und Opposition

L.Sch. - Die Programmverantwortlichen für die aktuelle Berichterstattung auf deutschen Bildschirmen haben versucht, den Vorwurf einer Begünstigung der Bundesregierung zu widerlegen. Dabei sollte offensichtlich der Eindruck erweckt werden, die sozialdemokratische Kritik gelte einem Zustand, der ganz und gar in Ordnung und selbst vom Grundgesetz gewollt sei. Diese Verharmlosung eines Problems der Publizistik in der Demokratie deckt sich nicht mit der Praxis.

Der Beweis für diese Feststellung kam kürzlich vom Bildschirm selbst. In der Kommentarsendung des Zweiten Deutschen Fernsehens führte Professor Dr. Thomas Ellwein aus, "daß nämlich die Regierung im Gegenüber von Regierung und Opposition ein starkes publizistisches Übergewicht hat". Nach Anziehung konkreter Beispiele hieß es weiter: "Hinzu kommt, daß die Regierung über eine Reihe von publizistischen Mitteln verfügt, über die die Opposition nicht verfügt." Der Kommentator nannte in diesem Zusammenhang den Film über den Besuch der englischen Königin, den die Deutsche Wochenschau gedreht hat und der Millionen von Kinobesuchern den Eindruck vermittelt, daß die Queen nicht die Bundesrepublik, sondern die CDU besucht habe. Und zu der Anzeigenaktion des Bundeskanzlers sagte Professor Dr. Ellwein: "Man darf unter keinen Umständen Steuergelder benutzen, um der Opposition zu schaden. Hier handelt es sich also um schlechten politischen Stil."

In der Zusammenfassung stellte der Kommentator des Zweiten Deutschen Fernsehens fest: "Es ergibt sich, daß im Verhältnis von Regierung und Opposition, also in dem Modell, das eigentlich zu verwirklichen wäre (!), es die Opposition schwerer hat. Es ist nicht so, daß dieses Modell unwirksam ist, sondern der Opposition verbleiben erhebliche, sehr viele Mittel und Möglichkeiten, aber sie ist im Vergleich zur Regierung doch benachteiligt!"

Es ist nicht Art der Sozialdemokraten, sich an die Klageauer zu stellen. Aber es ist ihr gutes Recht, sich mit allen erlaubten Mitteln solcher Benachteiligung zu erwehren. Und in der Spitze der beiden Fernsehnetze sollte man sich die Frage, ob ausgerechnet öffentlich-rechtliche Anstalten zur Verstärkung des publizistischen Übergewichts der Bundesregierung beizutragen haben, doch etwas ernsthafter überlegen, als es aus den "Reisekutschen" vom Mittwoch ersichtlich ist. Diese notwendigen Überlegungen müßten zu dem klaren Schluß kommen, daß die den Fernsehprogrammen auferlegte Verpflichtung zur umfassenden und objektiven Darstellung der deutschen Wirklichkeit die angemessene und fernsehgerechte Information über Sach- und Diskussionsbeiträge führender Sozialdemokraten zur Politik ohne jeder Vorbehalt und gerade vor einer Wählerentscheidung selbstverständlich mit einschließt.

Raumordnung ist notwendiger denn je

Die moderne Wirtschaft fordert eine sinnvolle Raumordnung

gral - Auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bergneustadt vom 5. - 7. Juli über "die Bedeutung der modernen Wirtschaft in der pluralistischen Gesellschaft" hob Professor Heimann aus den USA die Wandlungen hervor, die sich in der modernen Wirtschaft vollzogen haben und noch weiter vollziehen. Von dem vom einzelnen Unternehmer beherrschten Kleinbetrieb ist die Produktionseinheit zum Großbetrieb, ja Monopolunternehmen mit Machtülle emporgewachsen. Auf diese Weise hat eine Vergesellschaftlichung der Produktion in weiten Bereichen der Wirtschaft stattgefunden, die auch gegenüber der Gesamtheit verpflichtet ist. Alle diese Unternehmungen sind im Interesse der Gesamtwirtschaft zu langfristigen Dispositionen, ja zu Planungen verpflichtet. Die Planungen für die Zukunft gewinnen somit auch im Produktionsbereich immer mehr an Bedeutung. Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich aber auch eine Machtstellung dieser Monopole in der Volkswirtschaft.

Der so errungene Machtbereich der Unternehmungen deckt sich aber immer mehr mit dem Machtbereich des Staates. Bei dieser Entwicklung hat der Staat durch planende Voraussicht für die Freiheit der gesellschaftlichen Ordnung zu sorgen. Dabei ist Planung nur in dem Sinne zu verstehen, daß der Staatsmann die Bedingungen für die freie Wirtschaft zu setzen hat. Nach Prof. Heimann ist auch die Freiheit des Marktes das Produkt des Staates, der gleichzeitig für die Gleichgewichtigkeit in einem bestimmten Raum zu sorgen hat, da die Freiheit der Wirtschaft gleichzeitig die Gleichgewichtigkeit im Raum verlangt. Es ist die Aufgabe des Staatsmannes, einzugreifen, wenn innerhalb eines abgesteckten Raumes Teile davon wirtschaftlich zurückbleiben.

Gewissermaßen auf dieser theoretischen Grundlage aufbauend wurden zunächst von Prof. Schneider die Grundprobleme der Regionalpolitik und der Raumordnung dargelegt. Regionalpolitik muß immer integrierter Bestandteil der gesamten Wirtschaftspolitik sein. Die Ziele einer solchen Politik können nicht für sich selbstständig sein, sondern müssen immer Bezug nehmen auf die gesamten volkswirtschaftlichen Zielsetzungen.

Die übrigen Referenten befaßten sich mit wichtigen Einzelfragen der Regionalpolitik und der Raumordnung. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ravens, der an einem Beispiel aus dem Bremer Raum die Vielschichtigkeit der Probleme einer Regionalplanung darlegte, wies darauf hin, daß es hierbei am schwierigsten sei, die ganz verschiedenen Interes-

sen von Gemeinden, Ländern und Bund zu koordinieren und auf einen Nenner zu bringen, der ein konstruktives Vorgehen erlaubt. Um dies möglich zu machen, wäre von ihm die unverbindliche Form der GmbH als Aktionseinheit gewählt worden, die mehr Spielraum für den Ausgleich der Interessen biete.

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für eine sinnvolle Raumordnung ergeben, zeigte Ministerialdirigent Halstenberg vom Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung auf. Das kürzlich verabschiedete Raumordnungsgesetz setze den Rahmen für die erforderlichen Entscheidungen sehr eng, so daß eine zentrale Koordinierung der Einzelplanungen von Gemeinden und Ländern mit dem Bund sozusagen nur auf informativen Weg erfolgen könne.

Sehr anschaulich legte Dr. Apol vom Europäischen Parlament die geringen Möglichkeiten dar, die die EWG-Kommission hinsichtlich einer Regionalplanung im weiteren Rahmen hat, obgleich in den Ländern wie Frankreich und Italien bereits Behörden bestehen, die sich eingehend mit Regionalplanungen befassen, und demzufolge bereits Erfahrungen vorliegen.

Die Perspektiven für künftige Aufgaben einer konstruktiveren Wohnungsbaupolitik als jene der CDU setzte Dipl.-Volkswirt Offers, der insbesondere hervorhob, daß ein freier Wohnungsmarkt sozialpolitisch nur tragbar ist, wenn eines Tages das Wohnungsangebot qualitativ und quantitativ über die effektive Nachfrage hinausgeht. Hiervon sei aber die Bundesrepublik noch weit entfernt.

Nach einem weitgespannten Referat von Ministerialrat Prof. Isenberg vom Finanzministerium über "die Auswirkungen des Finanzwesens auf die räumliche Ordnung", faßte Dr. Karres von der Friedrich-Ebert-Stiftung das Ergebnis der Tagung dahingehend zusammen, daß trotz konstruktiver Ansätze einer Regional- und Raumpolitik die Bundesrepublik hier noch am Anfang steht und daß die Zukunft auf diesem Gebiet eine Weiterentwicklung dieser Politik bringen müsse.

Die Tagung, die übrigens von dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Jacobi vorbildlich geleitet wurde, vermittelte auch dem Sachkenner der Materie tiefen Einblick in die schwierige Problematik einer konstruktiven Raumpolitik, die in der Bundesrepublik in Anbetracht einer Reihe von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen immer dringlicher geworden ist.

Deutschland und Afrika

Die Bundesrepublik hat ihre Chancen nicht gut genutzt

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Deutschland hat im arabischen und schwarzen Afrika seit eh und je einen guten Namen, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, daß die Deutschen durch die Fügung der Geschichte im Wettlauf der europäischen Mächte zu den Kolonien zu spät kamen und schließlich als Gegner der westeuropäischen Kolonialmächte galten. Aus der Not wurde eine Tugend. Araber und Afrikaner erhofften sich im Ersten und Zweiten Weltkrieg die Befreiung von französischer oder britischer Kolonialherrschaft mit deutscher Hilfe und Unterstützung. Wieviel Naivität oder Propaganda darin steckt, kann im Rahmen dieses Artikels nicht untersucht werden. Es steht jedenfalls fest, daß Deutschland als einzige europäische Macht aus dem ganzen kolonialen Drama des vergangenen und dieses Jahrhunderts von allen europäischen Mächten am wenigsten belastet hervorgegangen ist.

Afrika und die Großmächte

Mit der großen Entkolonialisierung der Nachkriegszeit eröffneten sich so gerade für Deutschland in Afrika außergewöhnliche Chancen. In Gesprächen mit Persönlichkeiten Nordafrikas, West- und Zentralafrikas konnte man in den letzten Jahren immer wieder feststellen, wie sehr die jungen afrikanischen Republiken schon zur Zeit ihrer Unabhängigkeitsbewegungen, aber erst recht nach Erlangung ihrer staatlichen Souveränität, gerade auf Deutschlands moralische und wirtschaftliche Hilfe rechneten.

Das ist leicht zu erklären. Frankreich, England, Belgien, Holland, Spanien und Portugal waren allzu lange als Kolonialmächte engagiert. Die Vereinigten Staaten stoßen schon wegen der amerikanischen Negerfrage auf Mißtrauen. Auch mit Moskau machten die Afrikaner schlechte Erfahrungen; es hat sich herungesprochen, daß auch die Sowjetunion eine Art Kolonialreich ist. Außerdem fürchten gerade die afrikanischen Staaten innenpolitisch kommunistische Unruhen und Umsturzversuche, wenn sie auch außenpolitisch notgedrungen mit dem Ostblock Beziehungen pflegen. Von allen diesen Beziehungen und Verdachtsmomenten ist die Bundesrepublik Deutschland frei.

Afrika und Pankow

Allerdings ist für viele Araber und Afrikaner Deutschlands Spaltung ein Buch mit sieben Siegeln. Koch mißtrauen die meisten Afrikaner den Schlagworten der Pankow-Propaganda, von Bonn bekommen sie aber zu wenig verständliche und wirkungsvolle Aufklärung.

Dabei wäre es doch höchst einfach, gerade diesen Völkern, die sich erst kürzlich von Kolonialherrschaft befreiten, das koloniale Schicksal der sowjetischen Besatzungszone nahezubringen. Mit etwas Anstrengung und gutem Willen hätte Bonn in den letzten Jahren nicht nur Arabien und Asien, sondern überhaupt die ganze "Dritte Welt" und damit die Mehrheit der Vereinten Nationen über die koloniale Situation in Mitteldeutschland aufklären und für die Sache der deutschen Wiedervereinigung gewinnen können. Der sowjetischen Propaganda wäre damit von vornherein der Boden entzogen worden.

Bonns Chancen

Warum das offizielle Bonn darauf verzichtete, oder nur unzulänglich seine Chancen nutzt, ist nicht immer klar ersichtlich. Oft hört man in Afrika, daß die mangelnde politische Aktivität der Bundesrepublik möglicherweise auf eine fehlerhafte Grundeinstellung zur "Dritten Welt" der aufstrebenden Entwicklungsländer zurückzuführen sei. Viele Afrikaner vermuten, die Bundesrepublik lege keinen Wert darauf, daß Entwicklungsländer mit demokratischen Führungen in den Vereinten Nationen für die deutsche Sache eintreten. Dadurch wird der Afrika-Propaganda Pankows die "Arbeit" erleichtert.

... zum Großteil verspielt

So verhalf man Pankow - nicht nur in Kairo - zu einer Serie von billigen Triumphen. All das war vorherzusehen und wurde von sozialdemokratischen Kennern der "Dritten Welt" immer wieder warnend festgestellt, von den verantwortlichen Bonner Politikern meist aber ignoriert.

Von vornherein legen alle Chancen bei der Bundesrepublik Deutschland, während Pankow in der "Dritten Welt" nicht mit Sympathien rechnen konnte. Es gab für diese Ausgangsposition verschiedene Gründe: Die wirtschaftliche Stärke und Überlegenheit der Bundesrepublik, ihre demokratische Berechtigung im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, die koloniale Sklaverei in der Sowjetzone, das Mißtrauen gegen die Schwachzüge der sowjetischen Außenpolitik und die kommunistische Wühlarbeit in den einzelnen Staaten Afrikas und des Nahen Ostens.

Bonn hat die meisten dieser günstigen Ausgangsstellungen bis jetzt nur ungenügend genutzt und zum Teil sogar schon verspielt. Man wird gut daran tun, diesen Tatbestand zur Kenntnis zu nehmen, da andernfalls mit neuen Enttäuschungen zu rechnen ist.